

Niederschrift

SOZ/019/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 13.03.2024

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

Mitglieder:

Frau Maria Abakar-Kadade	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge	Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
-----------------------------	--

Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Ellen Knoop		Vertretung für Herrn Claus Meier
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Vertretung für Herrn José Azevedo
Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler
Frau Helga Niedoba	CDU	Vertretung für Herrn Friedrich Theismann
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Frau Elisabeth Meyer
Herr Lars Wever	SPD	Vertretung für Herrn Hans-Hermann Kwiecinski

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
------------------	--	---

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/018/2024 über die öffentliche Sitzung am 31. Januar 2024

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann gibt zu den eingestellten Informationen über das begonnene Projekt „Treffpunkt Bank“ an, dass heute ein Presseartikel in der Zeitung gestanden habe.

Bei der letzten Sitzung sei über das Projekt „Taschengeldbörse“ berichtet worden. Mit Stand 8. März 2024 seien 33 Anfragen von Seniorinnen und Senioren sowie 29 Anfragen von Jugendlichen eingegangen.

Auf die Frage von Herrn Hewing aus der letzten Sitzung, antwortet Herr Gausmann, dass die Jugendkunstschule die Mittel aus dem Stärkungspakt Armut NRW für zusätzliche Kreativ- und Theaterangebote, u. a. auch mit anderen Trägern zusammen, verwendet habe.

Im Februar 2024 habe es ein weiteres Gespräch über mögliche Wohnbaufördermittel mit einem Investor, einem Betreiber, dem Amt für Wohnbauförderung des Kreises Steinfurt und der Abteilung SGB XII gegeben. Mittels Gruppenwohnungen könnten eigenständige Wohneinheiten für Personen mit intensiv betreutem Wohnen im Bebauungsplan abgebildet werden. Die Verwaltung warte derzeit auf die finalen Pläne.

Ein Träger habe nach Grundstücken für die besondere Wohnform angefragt. Ihm seien Grundstücke an der Laugestraße und im Europa-Viertel – ehemals Damloup-Kaserne – angeboten worden.

Die aktuelle Liste mit den Flüchtlingszahlen werde der Niederschrift beigelegt.

Lagebild Ukraine/Geflüchtete 10/2024 vom 13.03.2024

	Thema	Anzahl	Entwicklung seit letzter Meldung
+++ UKRAINE +++			
1a	Personen aus der Ukraine – <u>privat</u> oder städtisch untergebracht	739 Erwachsene: 432 Kinder: 307	+/- 0
2	Personen Ukraine – durch Ausländerbehörde registriert	1.739	+ 11
3	SGB II – Personen aus Ukraine im Hilfebezug	651 Personen	+ 16 Stand: 01.03.24 (nächste Aktualisierung April)

4	SGB XII – Personen aus Ukraine im Hilfebezug	69 Personen	+ 1 Stand: 13.03.24
+++ FLÜCHTLINGE +++			
5a	Formelle Zuweisungen durch die Bezirksregierung Arnsberg	FlüAG-Erfüllungsquote: 95,44 % -59 Personen Stand: 08.03.24	Anrechnungsquote: Ist: 1.240 Personen <i>Soll: 1.299 Personen</i>
5b	Aufnahmeverpflichtung gemäß Wohnsitzauflage	Erfüllungsquote 80,36 % - 145 Personen Stand: 10.03.24	Anrechnungsquote: Ist: 584 Personen <i>Soll: 740 Personen</i>
5c	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	Erfüllungsquote: 103,1 % + 1 Person(en) Stand: 12.03.24	Anrechnungsquote: Ist: 44 Personen <i>Soll: 43 Personen</i>
6a	Tatsächliche Neuzuweisungen nach FlüAG / März 2024	0 Person(en) Stand 13.03.24	+/- 0
6b	Tatsächliche Neuzuweisungen nach Wohnsitzauflage / März 2024	2 Personen Stand 13.03.24	+ 1
6c	Belegte Plätze in städtischen Wohnunterkünften – Flüchtlinge <i>(dargestellt wird nur die Gesamtsumme, nicht die Bewegung durch Ein- und Auszüge)</i>	628 Plätze Stand 13.03.24	-2
6d	Freie Plätze in städtischen Wohnunterkünften – Flüchtlinge	162 Plätze Stand 13.03.24	-4 rechnerische Aufnahmeverpflichtung aktuell 204 Personen
+++Unterbringung obdachlose Familien/Alleinerziehende Elternteile mit minderjährigen Kindern+++			
7	Familien/Elternteile	7 (24 Personen)	+/- 0

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dursun gibt an, dass die IKW (*Interkulturelle Woche*) in Planung sei, sowie die Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern neu besetzt würden.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Frau Knoop informiert, dass seit der letzten Sozialausschusssitzung keine Aktivitäten seitens des Beirates für Menschen mit Behinderung stattgefunden hätten. Die nächste Sitzung werde im April 2024 zu dem Thema „Schaffung von Wohnplätzen für Menschen mit Behinderung“ mit möglichen Trägern stattfinden.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es berichtet, dass die erste Vorstellung des Projektes „Den Tod ins Leben lassen“ am 16. Februar 2024 in der Familienbildungsstätte stattgefunden habe und alle Plätze besetzt gewesen seien. Für die zweite Veranstaltung am 4. März 2024 sei zusätzlich eine Warteliste angelegt worden. Leider sei die zweite Veranstaltung wegen Erkrankung des Referenten ausgefallen. Ein neuer Termin sei für den 29. April 2024 terminiert worden.

Das Projekt „Taschengeldbörse“ werde nach den Osterferien starten. Zuvor werde am 20. März 2024 ein Termin zum Kennenlernen mit den Jugendlichen im Büro des Jugend- und Familiendienstes sowie ein Treffen für die Seniorinnen und Senioren als Auftraggeber am 27. März 2024 stattfinden.

Die Radtouren-Saison würde am 26. April 2024 starten. Der Seniorenbeirat biete eine Tagesfahrt mit Selbstverpflegung für den 10. Mai 2024 um 10:00 Uhr an. Treffpunkt sei am Alten Rathaus. Diese Fahrt würde im Zeitraum des Stadtradelns (9. bis 29. Mai 2024) liegen.

Der Seniorenbeirat habe sich an der Kundgebung „Rheine bleibt bunt“ beteiligt.

Zum Thema „Bushaltestelle Friedhof Eschendorf“ werde der Seniorenbeirat weiter nach Möglichkeiten für die Seniorinnen und Senioren suchen, damit diese eigenständig die Grabstätten ihrer Angehörigen besuchen können.

Das Projekt „Plauderbank“ sei angelaufen. Ein Zeitungsartikel habe dazu heute in der Zeitung gestanden.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Bögge berichtet, dass der Familienbeirat im Februar 2024 getagt und eine Vertreterin des Seniorenbeirates als Gast teilgenommen habe. Wie Frau van Es vorhin für den Seniorenbeirat vorgetragen hätte, halte auch der Familienbeirat eine Bushaltestelle am Friedhof Eschendorf für wichtig. Eine Stadt wie Rheine, die sich als familien- und seniorenfreundlich bezeichnen würde, müsse in vielen Punkten generationsübergreifend denken.

Er regt an, in den Familienpässen neben dem Passinhaber auch deren Großeltern aufzuführen, da diese ihre Enkelkinder oft in den Zoo etc. begleiten würden.

Das Thema Schulwegsicherung sei bezüglich „Gelbe Füße“ und „Elterntaxi“ besprochen worden.

Im April 2024 werde das generationsübergreifende Projekt „Waldtag“ wieder durchgeführt, um Familien die Verbindung zur Natur deutlich zu machen.

8. Jahresbericht der Ausländerbehörde 2023 Vorlage: 069/24

Frau Gehrke führt in die Vorlage ein. Auf Wunsch des Sozialausschusses sei die Anzahl der vorhandenen Aufenthaltsgestattungen nach Geschlechtern (weiblich/männlich) aufgeteilt worden. Seit dem 31. Oktober 2022 gebe es das Gesetz zum Chancenaufenthalt; dieser Punkt sei in die Vorlage neu aufgenommen worden.

Zu der Anzahl der ausgestellten Aufenthaltstitel fügt Frau Gehrke hinzu, dass die Bundesrepublik verfügt hätte, dass allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus der Ukraine, die einen Aufent-

haltstitel besitzen würden, dieser automatisch bis zum 4. März 2025 verlängert werde. Die Ausländerbehörde habe den Personen eine entsprechende Information zukommen lassen.

Das Staatsangehörigkeitsrecht sei modernisiert worden und aufgrund der vielen Einbürgerungsanträge liege die Wartezeit derzeit bei rund 10 Monaten. Unter dem Tagesordnungspunkt 12 gebe es dazu weitere Informationen.

Ebenfalls neu in die Vorlage aufgenommen worden sei die Anzahl der Zuweisungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Herr Hewing bezieht sich auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einbürgerungsfest in Rheine. Dieser sei vom Ausschuss nach hinten geschoben worden, um eine eventuelle Bundesverfügung abzuwarten, die den Kommunen die Kosten ersparen würden. Er fragt nach dem aktuellen Stand.

Frau Gehrke antwortet, dass nach der gesetzlichen Vorgabe die Einbürgerungsurkunden in einem feierlichen Rahmen überreicht werden sollen. Durch das Wort „sollen“ liege eine Empfehlung ohne bindenden Charakter und entsprechende Mittel vor.

Auf die Frage von Herrn Murali antwortet Herr Gausmann, dass das Statistische Landesamt IT.NRW statistische Einwohnerzahlen aus dem Zensus angeben würde und die Stadt Rheine hingegen die tatsächlichen Zahlen aus dem Einwohnermeldewesen angebe; deswegen die Differenzen.

Auf die zweite Frage von Herrn Murali erklärt Frau Gehrke die Unterschiede zwischen der freiwilligen Ausreise und der zwangsweisen Rückführung.

Auf die dritte Frage von Herrn Murali erklärt Frau Gehrke, dass die Stadt Rheine mit dem Netzwerk „Arbeit“ regelmäßig in den Dialog gehe, wo Arbeitgeber, Handwerkskammer, Arbeitsagentur oder auch die Kreishandwerkerschaft vertreten seien. Es werde über Möglichkeiten besprochen, wie ausländische Fachkräfte angeworben werden könnten, sowie über Arbeitserlaubnisse etc.

Herr Gausmann und Frau Dr. Hovestadt bestätigen, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einbürgerungsfeier – ohne erneute Antragstellung – auf die Tagesordnung der nächsten Sozialausschusssitzung gesetzt werde.

Herr Burmeister bittet, dass die Verwaltung den Betroffenen die Einbürgerungsurkunde umgehend nach deren Erteilung und nicht erst zu den Einbürgerungsfeiern übergeben werde.

Herr Mersch kommentiert, dass nach der vorgetragenen Beschreibung von Frau Gehrke die Ausreise nach dem utilitaristischen Prinzip zum Wohle der Allgemeinheit durchgeführt und darauf beruhen würde, dass die Personen abwägen müssten, die finanzielle Unterstützung mit der Möglichkeit der späteren Wiedereinreise anzunehmen oder zwangsweise hinausbefördert zu werden.

Herr Gausmann bestätigt, dass die Stadt Rheine – bei all ihren Bemühungen „Aufenthalt vor Abschiebung“ hinzubekommen – verpflichtet sei, aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchzuführen, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht gegeben seien.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2023 der Ausländerbehörde Rheine zur Kenntnis.

9. Bericht zur Entwicklung des dezentralen Unterbringungskonzeptes
Vorlage: 070/24

Herr Gausmann informiert, dass die Zahlen die gute Wohnraumvorhaltepolitik zeigen würde. Das Soll werde derzeit etwas überschritten, so dass – dort wo es möglich sei – die angemieteten und von anderen Personen genutzten Wohnungen in Regelmietverträge überführt würden. Der Fachbereich 8 nutze nicht ausschließlich die Wohnungen, sondern biete sie dem Fachbereich 3 (Recht und Ordnung) auch für Fälle an, wo z. B. Familien mit Kindern trotz des Wohnraumsicherungskonzeptes aus ihren Wohnungen geräumt worden seien, damit diese nicht in die kleinen Wohneinheiten einer Obdachloseneinrichtung ziehen müssten. Familien, die sich in Obdachloseneinrichtungen wiederfänden, hätten es schwer, aus dem Milieu wieder herauszukommen.

Frau Lücke erkundigt sich nach dem Sachstand. Sie möchte wissen, ob es barrierefreie Wohnungen für Menschen mit körperlicher Behinderung und Objekte gebe, wo Tiere mit untergebracht werden können.

Herr Gausmann antwortet, dass es vereinzelt barrierefreie Wohnungen gebe, welche gezielt zur Verfügung gestellt würden. Die Anzahl werde er nachreichen (*Nachtrag: Derzeit sind vier barrierefreie Wohnungen zur Unterbringung von Geflüchteten im Bestand.*). Den zweiten Teil der Frage verneint er.

Auf die Frage von Frau Dr. Hovestadt antwortet Herr Gausmann, dass das Thema „Obdachlose Frauen“ zu dem Thema der kurzfristigen Unterbringung im Kremer-Haus von durchreisenden Personen ohne festen Wohnsitz gehöre. Dieses sei in dem Bericht der sozialen Einrichtungen enthalten, wozu in der vorletzten Sitzung ein Beschluss gefasst worden sei, der von der Verwaltung noch geprüft werde.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Entwicklung des dezentralen Unterbringungskonzeptes im Flüchtlingsbereich zur Kenntnis.

10. Jahresbericht Fachstelle für Wohnraumsicherung
Vorlage: 089/24

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und gibt unter anderem an, dass die Verwaltung von dem Konzept so überzeugt sei, dass sie, der heutigen Zustimmung vorausgesetzt, versuchen werde, dieses Konzept im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit in die größeren Kommunen im Kreis Steinfurt zu transferieren. Damit würde eine Refinanzierungsmöglichkeit mit Fördermitteln des Landes entstehen.

Frau Gehrke ergänzt, dass die Fachstelle „Wohnraumsicherung“ im vergangenen Jahr eine 6-fache Kontaktaufnahmesteigerung erreicht habe, was den großen Bedarf widerspiegele. Eine 5-fache Steigerung sei bei der Wohnraumsicherung zu verzeichnen, auch wenn einige Fälle aus dem Jahr 2023 noch nicht abgeschlossen worden seien. Die Verhandlungen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, seien oft ein langwieriger Prozess. Die Evangelische Hochschule Nürnberg hätte bei der Evaluation für Rheine als positiv die geringe Anzahl an Wiederholungsfällen festgestellt, was eine wichtige Erkenntnis sei. Die Fachstelle „Wohnraumsicherung“ sei im Netzwerk weitergehender Hilfen, wie die Schuldnerberatung und die psychosoziale Beratung. Die Wohnraumsicherung konzentriere sich nicht nur auf die Mietschulden, sondern arbeite zusammen mit den Betroffenen auf eine Stabilisierung der gesamten Wohn- und Lebenssituation hin.

Sie führt weiter aus, dass sich die Kontakte zur Wohnungswirtschaft durch die zwei größeren Dialogveranstaltungen positiv entwickeln hätten, da sich die Vermieter zunehmend früher bei der Wohnungssicherung melden würden. Die Wohnungssicherung bemühe sich, unparteilich eine gute Lösung für beide Seiten zu finden.

Die Verwaltung versuche, mit einigen großen „Playern“ in der Wohnungswirtschaft eine Kooperationswirtschaft zu vereinbaren. Die Analyse habe ebenfalls gezeigt, dass die aufsuchende Arbeitsstruktur der Fachstelle sich als Erfolgsfaktor herausgestellt habe.

Insbesondere in den Wintermonaten, ab Oktober, sei ein hohes Aufkommen wahrgenommen worden, da einige Vermieter noch vor Jahresende einiges hätten regeln wollen. Das werde künftig in der Arbeit Berücksichtigung finden.

Herr Hewing äußert, dass er in den letzten Sitzungen das Verhältnis der zwei halben aufsuchenden Arbeitsstellen, jeweils eine halbe bei der Caritas und eine halbe bei der Stadt, die verwalten und leiten würden, als Missverhältnis bezeichnet habe und ihm als Begründung die Koppelung mit den Fördergeldern genannt worden sei. Nachdem die Förderung ausgelaufen sei, habe er von Frau Gehrke gehört, dass diese Mitarbeitenden auch andere verwaltende und leitende Tätigkeiten durchführen würden. Er fragt, ob das auch stellenplanmäßig verändert werden würde.

Herr Gausmann antwortet, dass die Zahlen sich auf das Jahr 2023 beziehen würden. Die Verwaltung prüfe eine stellenplanmäßige Umstellung, die finanziert werden könne, egal ob die Stellenanteile der Sozialarbeit zugeordnet oder in der Verwaltung verbleiben und die Zuarbeit zur Sozialarbeit verstärken würden.

Auf die Frage von Frau Eggenkämper, ob betroffene Haushalte im Rahmen der Wohnungssicherung eher ihre Mietzahlungen als andere Zahlungen einstellen würden, antwortet Frau Gehrke, dass eine Tendenz nicht feststellbar sei. Es gäbe vielfältige Gründe für die Abwärtsspirale der Betroffenen. Oftmals hänge es damit zusammen, dass sie den Überblick verloren hätten, wann sie welche Zahlungen zu leisten hätten.

Auf die Frage von Herrn Burmeister, warum die Kosten der Evaluation in der Vorlage nicht aufgeführt worden seien, antwortet Herr Gausmann, dass diese Bestandteil der Förderung gewesen seien.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2023 der Fachstelle für Wohnraumsicherung sowie den Abschlussbericht des Instituts für Praxisforschung und Evaluation der Ev. Hochschule Nürnberg zur Evaluation der Fachstelle für Wohnraumsicherung zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeiten einer interkommunalen Kooperation der Fachstelle Wohnraumsicherung im Kreis Steinfurt auszuloten und ggf. eine Förderantragstellung im Programm „Interkommunale Zusammenarbeit“ vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Jahresbericht soziale Einrichtungen 2023 Vorlage: 088/24

Frau Gehrke führt in die Vorlage ein und gibt unter anderem an, dass die Verwaltung an den Auftrag des Sozialausschusses für die September-Sitzung arbeite, ein Konzept für eine Notschlafstelle für Frauen zu konzipieren.

Zudem berichtet sie, dass das Netzwerk „Wohin“ auf Initiative der Stadt Rheine entstanden sei und die sozialen Einrichtungen gemeinsam mit Bahnmissionsmission, Suppenküche, Drogenberatung und weiteren Stellen daran angeschlossen seien. In der April-Sitzung des Sozialausschusses werde dazu ein Bericht vorgelegt.

Herr Mersch schlägt vor, dass Kriterien für eine Notübernachtungsmöglichkeit vorgegeben werden sollten, damit die Bedürftigkeit geprüft werden könne.

Frau Lücke merkt an, dass die sozialen Einrichtungen auf gesetzlicher Grundlage agieren und zu den besonderen Leistungen der Stadt auch zu erfüllende Pflichtaufgaben gehören würden.

Frau Homann-Eckhardt regt an, die Initiativen von Fördervereinen/Förderkreisen usw. in der Presse immer mal wieder zu veröffentlichen. Dadurch könnte die eine oder andere Person animiert werden, z. B. aussortierte Kleidung zu spenden oder anderweitig zu unterstützen.

Frau Eggenkämper bezieht sich auf die Auslastungsliste der Wohngruppe und fragt, wie die Überauslastungen in den Frühlings- und Sommermonaten 2023 zustande gekommen und wo diese Personen dann untergebracht worden seien.

Frau Gehrke antwortet, dass diese den Wechselübergängen sowie der Betreuung von Personen in Außenwohnplätzen geschuldet seien. Sie weise auf die gesetzliche Grundlage in § 67 SGB XII für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten hin, die sowohl Grundsatz für sämtliche Unterbringungsformen als auch für die Abrechnung mit dem Leistungsträger sei und die Kriterien enthalte, wer aufgenommen werden dürfe und wer nicht.

Den Hinweis zur Presseberichterstattung von Frau Homann-Eckhardt nehme sie auf. Gerade zur Weihnachtszeit sei es der Verwaltung wichtig, die Spender persönlich „bei einer Tasse Kaffee“ wertzuschätzen, egal wie groß oder klein die Spende gewesen sei. Darüber werde in dieser Vorlage berichtet.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2023 der Sozialen Einrichtungen der Stadt Rheine zur Kenntnis.

12. Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts - Personelle Auswirkungen Ausländerbehörde Rheine – Teilbereich Einbürgerungen Vorlage: 096/24

Herr Gausmann kommentiert, dass vorhin im Bericht der Ausländerbehörde schon auf die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechtes und damit einhergehend auf die zusätzliche Anzahl an Einbürgerungsanfragen hingewiesen worden sei. Um der Antragsflut Herr zu werden, schlage die Verwaltung vor, zwei zusätzliche befristete Stellen zu installieren. Sollte die Antragsflut vor den 24 Monaten bearbeitet worden seien, würden für die Personen problemlos andere Stellenbereiche gefunden werden.

Frau Floyd-Wenke kommentiert, dass die zwei neuen Vollzeitkräfte erst mal mithelfen müssten, den vorhandenen Rückstand abzuarbeiten und mit den zu erwartenden Neuanträgen weiterhin

eine lange Bearbeitungszeit bestehen bleibe. Von daher rechne sie nicht damit, dass diese zwei schon nach einem Jahr woanders eingesetzt werden könnten.

Auf die Bedenken von Frau Eggenkämper, unter der Voraussetzung eines befristeten Vertrages keine neuen Fachkräfte zu finden, antwortet Herr Gausmann, dass er mit dem Schwerpunkt „Arbeit in der Einbürgerung“ unbefristet ausschreiben und einstellen werde, was wegen der vielen Stellenvakanzen unproblematisch sei.

Herr Ortel äußert für die UWG, dass in diesem Fall das Konnexitätsprinzip verletzt werden würde, da der Stadt von außen zusätzlichen Leistungen auferlegt worden seien, ohne dass diese in irgendeiner Form zurückfließen würden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Gesetzesänderung zum Staatsangehörigkeitsgesetz zur Kenntnis und stimmt der befristeten Einstellung von zwei Vollzeitkräften in der Ausländerbehörde - Bereich Einbürgerung - zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Anfragen und Anregungen

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

Ende öffentliche Sitzung: 18:00 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin